Wahlfang ist aller Laster Anfang

Autor(en): **Hofer, Bruno / Efeu [Feurer-Mettler, Ernst]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **113 (1987)**

Heft 34

PDF erstellt am: **26.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-618757

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Wahlfang ist aller Laster Anfang

Wenn notorische Parlaments-Langweiler urplötzlich zu Stimmungskanonen werden; wenn dauerabonnierte Hinterbänkler einander am Rednerpult im Nationalratssaal auf die Zehen treten; wenn standhafte Streiter wider Umweltschutz zur grünen Flagge greifen – dann sind dies untrügliche Zeichen von Wahlkrampf oder Signale der Angst, es nicht mehr zu schaffen.

Von Bruno Hofer

Nur eine ganz kleine Elite könnte es wirklich locker nehmen. Zu denen gehören die ganz Grossen. Hubacher zum Beispiel, oder Bremi, Jaeger, Lilian Uchtenhagen, Ogi und noch ein paar andere. Doch auch für sie ist der Wahl- kein Spaziergang: Jede fehlende Stimme, die sie von der absolut möglichen Spitzenzahl trennt, bedeutet einen schweren Verlust. Machen die Grossen kein Maximalresultat, gelten sie als Versager. Harter Krampf also auch für sie.

Der Volksvertreter, der in die Arena tritt, kann nicht so leicht wieder daraus verschwinden, und den unheimlich starken Abgang aus der Manege schafften die wenigsten. Es gibt sogar Bundesräte, die verpassen in Erwartung des bestmöglichen Abgangstermins laufend den zweitbesten, und am Schluss bleibt nur noch die Hintertür. Verlauertes Timing, sozusagen. Sogar Altbundesräte spüren, nach dem Auszug folgt die Wüste, und ob später je wieder gelobtes Land am Horizont auftaucht, ist ungewiss.

Vom Volk geliebt

Ein Blick in die Wahlkampf-Folterkammern der Parlamentarier zeigt: Ein Meer von Schweiss und Tränen, Risse, Narben, Wunden und wenig Hoffnung. Verbissenes Ringen um den Sitz, Schlacht um die Ehrenmeldung ein gutes Resultat und dazu: Immer lächeln, locker, freundlich sein! Kampf gegen den nächsten parteiinternen Konkurrenten, Kampf um Zeitungszeilen, und wer gar eine Sekunde am Fernsehbildschirm ergattert, dessen Glück könnte nicht vollkommener sein. PR-trächtiger ist da nur noch eins: Ein Interview im auflagenstärksten Gratisrechtsblatt «Pro», wie dies jüngst der photogene Zürcher Peter Spälti ergatterte, dann ist man auch schon fast gewählt.

«Erhasche ein bisschen Liebe vom Volk.» Ein gutes Wahlresultat heisst doch: Die Menschen mögen mich, ich bin angesehen, geachtet, geschätzt. Darum geht's. Jeder Stimmenverlust signalisiert: «Sie lieben mich nicht mehr, ich bin vorbei, alt, verlassen, einsam und vergessen.»

Grüne Flagge zeigen

Also: Um Beachtung kämpfen. Wie, zeigt Raoul Kohler, das ist – für jene vielen, die ihn nicht kennen – ein Berner FDP-Nationalrat aus Biel. 1983 war er auf dem hintersten Listenplatz – obwohl seit 1971 im Parlament – gerade nochmals hineingeschlüpft, und viele dachten, 1987 trete er zurück, doch Kohler will noch einmal. Und hatte er auch die letzten vier Jahre lang kaum für Aufsehen gesorgt, aber immer strammbürgerlich Umweltschutz abgeschmettert, so hält er jetzt, auf der Suche nach zugkräftigen Argumenten, in seiner Requisitenkiste plötzlich eine grüne Flagge in der Hand: Am 18. Juni 1987 postulierte Kohler, der Bundesrat müsse «alle Mittel und Massnahmen» ergreifen, um die Ölraffinerie Cressier «zu zwingen», den Vorschriften der Luftreinhalte-Verordnung in «viel kürzeren Fristen» nachzukommen. Allerdings, als Verwaltungsrat der Swissgas will Kohler ohnehin wohl lieber Gas denn Öl verkaufen ...

Hopp Ogi!

Ein richtiger Krampfer ist aber auch Adolf Ogi, allzeit Optimismus versprühender SVP-Parteipräsident, Berner Nationalrat und anderslautenden Unkenrufen zum Trotz: Immer noch als Schlumpf-Nachfolger im Gespräch. Zwar ist er Spitzenkandidat auf seiner Liste, doch sind die Berner Gewerbler auch über ihn enttäuscht und haben deshalb eine eigene Gewerbe-Liste geschaffen. Dabei hatte Ogi doch so erfolgreich zum Mittel des parlamentarischen Vorstosses gegriffen, um die Opposition abzufangen. Bereits im Frühling bekämpfte er mit einem parlamentarischen Vorstoss den tiefen Dollarkurs, der die Schweizer Wirtschaft so bedrängte (und prompt stieg der Greenback ordentlich), und in der Sommersession beklagte Ogi die zunehmende Unternehmenskonzentration im Detailhandel und zielte damit auf Migros und den Landesring, politischer Hauptkonkurrent für die SVP im Wahlherbst. Diese Rivalität zu den Unabhängigen vermochte die SVP aber nicht zu hindern, in ihren Wählerkreisen mit einer der LdU-Postille «klar» nachgeäfften Zeitung das Parteivolk zum Mitmachen zu animieren.

Wyss für die Katz

Ebenfalls förmlich auf den Hund gekommen ist im Wahlkampf der Basler Freisinnige Paul Wyss. In einem aufsehenerregenden Vorstoss verlangte er, die einheimischen Fleischüberschüsse statt in die leeren Mägen der Dritten Welt den hungernden Schweizer Hunden und Katzen zum Frass vorzuwerfen. Ob das Zielpublikum – Hunde und Katzen – Wyss zuliebe im Oktober zur Urne trottet, ist zurzeit noch nicht endgültig gesichert. Eher anzunehmen ist, dass sie sich hinter dem Ofen zum Verdauungsschlaf zusammenrollen, wie das Gros der Stimmberechtigten.

Initiant Graf

Andere Parlamentarier wetterten über das Ausufern der Initiativenflut. Hans Ulrich Graf (SVP/ZH) störte die grosse Zahl der Volksinitiativen so enorm, dass er mit einem Parlamentsvorstoss haargenau Auskunft über die zurzeit hängigen Begehren haben musste. Die Antwort steht noch aus, eins ist aber sicher: Einer hat die Initiativenflut angeheizt, nämlich ein gewisser Hans Ulrich Graf aus dem Kanton Zürich. Ausser bei der vierten Ausländerinitiative der Republikaner figurierte Graf auch bei den gescheiterten Volksinitiativen zur Abschaffung der Sommerzeit und zur Einführung der Volkswahl des Bundesrates 1976 im Komitee, und liebend gerne wäre er auch in jenem von Bernhard Böhi zur Abschaffung der Autobahnvignette dabeigewesen, wurde aber – als die Mitgliedschaft schon perfekt schien – in letzter Minute von Böhi wieder vom Karren geschubst.

Will Widmer wieder?

Wahlkrampf kann aber auch heissen, es so spannend zu machen wie Sigmund Widmer. Dem Radio 24 anvertraute der alleweil eine abgeklärte Weltschau präsentierende langjährige Parlamentarier im Frühsommer mit hängenden Mundwinkeln, er sei nichts mehr motiviert, möge nicht mehr so schaffen hier im Parlament, könne sich nicht konzentrieren, die Atmosphäre gebe nichts mehr her. Der Radiosender meldete Widmers Rücktrittsabsicht blitzartig, Dementis hagelte es in Zürich stundenlang von allen Seiten, doch keines kam von Widmer. Dann durfte Widmer, reizvoll und lesenswert in der *Weltwoche* sein parlamentarisches Tagebuch aufschlagen, und die gebannt auf seinen Entscheid Lauernden erfuhren wieder nichts. Widmer gewährte zwar Einblick in seine ringende Seele, doch die entscheidende Frage liess er offen. Erst später reihte er sich dann doch in der LdU-Polonaise ein, obwohl die Schlange lang geworden, weil es auch den FDP-Dissidenten Bernhard Wehrli wahlverwandtschaftlich auf die Landesring-Liste gezogen hatte. Wehrlis Etikette bei der FDP: Zu grün.

Einladender Clavadetscher

Manchmal ist der Listenkrieg geradezu verheerend. Die Berner FDP war sogar gezwungen, eine hohe Konventionalstrafe zu vereinbaren, um ein jurassisches Kämpferpaar voreinander in Sicherheit zu bringen. Geneviève Aubry, Jura-Kämpferin und als gescheiterte Regierungsratskandidatin mitverantwortlich für den Ausstieg der Berner Freisinnigen aus der Exekutive, muss vor Marc-André Houmard und umgekehrt geschützt werden. Wer dem andern in der Wahlzeit propagandistisch Schaden zufügt, muss ihm und der Partei eine vereinbarte Geldsumme hinblättern. Harte Bandagen, um Schlammschlachten zu verhindern.

Krieg auch bei den Kleinen. Schnöde beim Landesring von der Liste geschubst wurde ein Berner Carunternehmer namens Kurt Dysli, vor vier Jahren immerhin Ersatz von Paul Günter und nur deshalb nicht nachgerutscht, weil Günter den Sitz hielt. In Hosenlupfmanier «Er oder ich» erreichte der Interlakner Arzt Günter, dass Dysli «liis-

li» verschwinden musste. Etikette: Zu wenig grün.

Nett und flott dagegen Peter Clavadetscher, der alleweil strahlende neue Direktor des Gewerbeverbandes mit dem gewinnenden Gebiss. Im Hochsommer lud er – natürlich in seiner Funktion als Gewerbeverbandsdirektor – die gelangweilt im Sommerloch hängenden Bundeshausjournalisten zu kühlem Trunk und Leckerbissen an die Gestade der Aare. Ihn werden wohl die Fische wählen.

Nieverlierer Wagner

Höchst siegesgewiss der Zürcher Stadtpräsident Dr. Dr. Thomas Wagner. Der Freisinnige erklärte einer berühmten Journalistin mit geradezu drohender Siegesmiene auf die Frage, ob er im äusserst hypothetischen Fall der Fälle einer Nichtwahl traurig sei: Er habe keine Erfahrung mit Niederlagen. Punkt. Und ohnehin befinde er sich am Abend des Wahltages am gewiss köstlich mundenden Pekingenten-Schmaus in China.

Andere machen – weniger des Sieges sicher – Wahlkampf mit Volksinitiativen. Die Sozialdemokraten werden ihren «dernier cri» gegen die Atomkraftwerke am 1. Oktober loswerden, wenn erstens vergessen ist, dass längstens ein überparteiliches Komitee ein ähnlichlautendes Begehren bei der Bundeskanzlei deponiert hat und die Sozis einmal mehr die alte Fasnacht markieren, und weil der Oktoberanfang wie geschaffen ist für Aktionen, die im Wahlkampf noch ziehen sollen.

Tarif erklären

Die einen reichen ein, andere beschliessen zu lancieren. Noch vor den Nationalratswahlen versprach Ende April die Nationale Aktion, eine Initiative zu starten für die Begrenzung der bebauten Fläche der Schweiz. Eine Begrenzung der Parlamentsmandate der Nationalen Aktion im Parlament wird der Stimmbürger ja ohnehin vornehmen.

Hoch im Kurs des Wahlkampfes stehen heuer «Tarife» aller Art. Den Start machten die Umweltschützer mit dem Umwelttarif, hinterher kamen die Sozialdemokraten mit dem Sozialtarif, und dann wollte gar das welsche Ringier-Magazin «Hebdo» versuchen, Spitzenbeamte zu veranlassen, ihre Meinung über verschiedene Parlamentarier abzugeben, eine Art «Beamtentarif» sollte daraus entstehen, doch das scheiterte auf Intervention des Pressesprechers des Gesamtbundesrates, Vizekanzler Achille Casanova. Und zu guter Letzt trat auch noch der Landesring mit einem Tarif an, betitelte das Resultat einer knappen Auswahl von sechs Abstimmungen der letzten vier Jahre als «Demokratietarif», und siehe da, o Wunder: Der Landesring ist am demokratischsten. Wie viele Arbeitsstunden das Parteisekretariat aufwenden musste, bis es auf den passenden Tarif stiess, der den Landesring auf Platz eins figurieren lässt, ist leider nicht rapportiert.

Geboren oder gewählt

Der wirkliche Tarif wird den Kandidaten aber erst am 19. Oktober – am Montag nach der Wahl – erklärt. Aus 2000 Kandidatinnen und Kandidaten auf rund 200 Listen werden die 4,2 Millionen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ihre Auswahl treffen. Jener Tarif wird undiskutabel sein. Die dergestalt erkorenen 200 Damen und Herren Nationalräte dürfen sich sonnen in der Wonne des gewonnenen Wahlkampfs, vergessen die Schmerzen, vorbei die Kämpfe, unter Dach für vier Jahre, der eingenommene Sitz bleibt unentwindbar.

Ob die rechten auf den Stühlen sitzen werden, das lassen wir lieber Jeremias Gotthelf sagen, der in «Wahlängsten und Nöthen des Herrn Böhneler» zeitlos festgehalten hatte: «Die Staatskunst oder die Kunst, ans Ruder zu kommen, besteht in zwei ganz verschiedenen Methoden, von welchen bald die eine, bald die andere die herrschende ist: entweder muss man dazu geboren oder dazu gewählt werden. Diese beiden Methoden schliessen einander ziemlich aus. Denn zumeist wird nicht gewählt, wer dazu geboren wäre, und wer gewählt wird, ist wiederum nicht dazu geboren.»